

Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)
gemäß § 62 Abs. 2 der Geschäftsordnung**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Eva-Maria Bulling-Schröter,
Carsten Hübner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/2336 –**

Keine Hermesbürgschaften für den Ilisu-Staudamm in der Türkei

A. Problem

Das geplante Ilisu-Staudamm-Projekt in der Türkei ist ökologisch und politisch umstritten. Bei der Realisierung des Projektes soll der Tigris kurz vor der Grenze zu Syrien und dem Irak aufgestaut werden. Es werden hohe ökologische und soziale Folgen des Projektes erwartet. Es wird befürchtet, dass der Staudamm 52 Dörfer und 15 Kleinstädte unter Wasser setzen würde. Weiterhin werden bei einer Realisierung des Staudammprojektes schwerwiegende Konsequenzen für die Sicherheitslage in der Region erwartet. Der Bundesregierung liegt seit längerem ein Antrag auf Gewährung einer Hermes-Bürgschaft für das Projekt vor, über den auf Ministerebene entschieden werden soll.

Über den Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, aufgrund der sozialen, menschenrechtlichen, ökologischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bedenken keine staatlichen Ausfuhrleistungsgewährleistungen (Hermesbürgschaften) für den Ilisu-Staudamm zu bewilligen. Weiterhin soll die Bundesregierung feststellen, dass eine bundesdeutsche finanzielle staatliche Beteiligung am Ilisu-Staudamm nicht mit der entwicklungspolitischen, ökologischen und menschenrechtsorientierten Politik der Bundesregierung vereinbar ist. Ferner wird die Aufforderung bekräftigt, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform der Hermesbürgschaften nach ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten umgehend durchzuführen und Förderungen von Großstaudämmen grundsätzlich auszusetzen, bis die Empfehlungen der World Commission on Dams vorliegen.

B. Lösung

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag mehrfach in die Tagesordnungen seiner Sitzungen aufgenommen. In der 35. Sitzung des Aus-

schusses am 28. Juni 2000 ist vorgesehen worden, den Antrag in der Sitzung des Ausschusses am 5. Juli 2000 zu beraten.

C. Alternativen

Die mitberatenden Ausschüsse für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben ihre mitberatenden Stellungnahmen noch nicht übermittelt.

D. Kosten

Nicht ausgewiesen.

Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

Die Fraktion der PDS verlangt ausweislich der Tagesordnung für die 114. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juli 2000 gemäß § 62 Abs. 2 der Geschäftsordnung einen Bericht über den Stand der Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 14/2336.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 84. Sitzung am 27. Januar 2000 den Antrag beraten und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

Die Vorlage wurde erstmals als Tagesordnungspunkt 3 in die 28. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie am 15. März 2000 aufgenommen. Die Beratung der Vorlage wurde vertagt.

Die Vorlage wurde erneut in die Tagesordnung der 30. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie am

22. März 2000 als Tagesordnungspunkt 3b aufgenommen. Als zusätzliche Beratungsunterlage wurde ein Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zu den Ausfuhrleistungsgewährleistungen des Bundes für das Staudammprojekt Ilisu/Türkei angefordert. Die Beratung des Antrages wurde erneut vertagt.

Der angeforderte Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie wurde als Tagesordnungspunkt 3 in die 31. Sitzung des Ausschusses am 5. April 2000 aufgenommen. Die Beratung dieses Berichtes wurde vertagt.

Die Vorlage auf Drucksache 14/2336 wurde weiterhin in die Tagesordnung der 35. Sitzung des Ausschusses am 28. Juni 2000 als Tagesordnungspunkt 14 aufgenommen. Die Beratung der Vorlage wurde erneut vertagt, gleichzeitig jedoch vorgesehen, sie in der 36. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie am 5. Juli 2000 zu beraten.

Die mitberatenden Ausschüsse haben zu der Vorlage ihre Stellungnahmen noch nicht abgegeben. Diese sind für Mittwoch, den 5. Juli 2000, angefordert.

Berlin, den 30. Juni 2000

Rolf Hempelmann
Berichterstatter

